

Weltrundschau : neue Kriegsrüstungen ; Bürgerkrieg in Frankreich? ; Kuba hält sich... ; ...und findet Nachfolger ; Brandherd Südostasien

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **56 (1962)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140658>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Neue Kriegsrüstungen Um Berlin ist es ziemlich still geworden — wenigstens nach außen hin; denn die Gespräche gehen hinter verschlossenen Türen planmäßig weiter. Von irgendeiner Verständigung ist freilich noch immer keine Rede, doch seien, wie es heißt, Angelsachsen und Russen darin einig, daß es über Berlin zu keiner Kraftprobe kommen dürfe, und das ist schon viel. Die Frage ist nur, ob das auch der Wille der *westdeutschen* Regierung ist. In der Bundesrepublik wird jedenfalls öffentlich behauptet, Adenauer habe unzweideutig mit Ja geantwortet, als ihn Kennedy gefragt habe, ob er bei einem Scheitern der West-Ost-Verhandlungen über Berlin bereit sei, auch einen Krieg zu wagen. Wenn das wahr ist, so muß man sich freilich auf alles gefaßt machen, besteht doch die große Gefahr — wie wir uns immer wieder klar machen müssen — jetzt darin, daß Westdeutschland als die weitaus stärkste Militärmacht im Kreise der europäischen NATO-Staaten seine Verbündeten und vor allem die Vereinigten Staaten in die militärische Kraftprobe hineinreißt, auf die es sich so folgerichtig und tatkräftig vorbereitet. Es fällt ja der Bonner Regierung gar nicht ein, zu beherzigen, was ihr die Sowjetführer in ihrer Denkschrift vom 27. Dezember mit soviel ruhiger Klarheit auseinandergesetzt hatten: daß ihre «Politik der Stärke» hoffnungslos versagt hat und eine friedliche Verständigung und Zusammenarbeit zwischen «den beiden größten Staaten in Europa» die einzige Möglichkeit bietet, einen allvernichtenden dritten Weltkrieg zu verhindern.

Die sowjetische Denkschrift ist tatsächlich eines der anständigsten und vernünftigsten diplomatischen Schriftstücke, die ich jemals gelesen habe; es ist ein Jammer — aber natürlich höchst bezeichnend —, daß sie im Westen in ihrem Wortlaut oder auch nur in halbwegs genügenden Auszügen so wenig bekannt gemacht, ja meistens entstellt und zweckentsprechend ausgedeutet wiedergegeben wurde*. Aber statt mit der Aufrüstung innezuhalten, steigert die *Bundesrepublik* ihre Kriegsrüstungen nur immer mehr. Ihre «Verteidigungsausgaben» betragen im neuen Haushaltplan rund 4 Milliarden D-Mark mehr als im vergangenen Jahr und stehen damit jetzt bei 16,5 Milliarden D-Mark. Hitler und seine Generäle — die man jetzt in hohen und höchsten Kommandostellen der Bundesrepublik und der NATO wiederfindet — trieben es nicht viel toller! Gleichzeitig verlängert Westdeutschland die Dauer des allgemeinen Militärdienstes von 12

* Das gilt besonders auch von ihrer «Bearbeitung» durch die Schweizer Presse. Eine ausführliche Wiedergabe der Hauptstellen der Denkschrift findet sich im «Zeitdienst» vom 27. Januar, zu beziehen von der Administration des «ZD», Postfach Zürich 38 (Preis der Einzelnummer 40 Rappen.)

auf 15 Monate — und die sozialdemokratische «Opposition» stimmt entschlossen zu, rückgrat- und charakterlos, wie sie nun einmal geworden ist.

Die Antwort der *Deutschen Demokratischen Republik* war die Einführung des Militärdienstzwangs auch auf ihrem Boden; mit der Freiwilligkeit, die sowieso nur auf dem Papier stand, ist es dort nun auch der Form nach vorbei. Eine Erhöhung des Mannschaftsbestandes faßt die DDR allerdings vorerst nicht ins Auge. Auch die *Sowjetunion* will offenbar ihre Kriegsrüstungen mengenmäßig «nicht sonderlich vergrößern», wie Marschall Malinowski unlängst sagte. Hingegen werde sie ihre Waffen weiterhin «erneuern und vervollkommen», so daß sie imstande sei, «alle Einrichtungen der Vereinigten Staaten, ihre sämtlichen Industrie- und Verwaltungsmittelpunkte mit einem einzigen Raketen- und Kernwaffenschlag dem Erdboden gleichzumachen und ganze Länder zu vernichten, die ihr Gebiet für amerikanische Militärstützpunkte rund um die Sowjetunion zur Verfügung gestellt haben».

Solche Drohungen nimmt natürlich der Westen zum Anlaß, um auch *seine* atomare «Zuschlagskraft» zu steigern. Die westdeutsche Regierung wird nicht müde, die Verfügungsgewalt über die amerikanischen Atomsprengladungen auch für die NATO zu verlangen (in der die Bundesrepublik eine immer gewichtigere Rolle spielt). Namentlich aber baut *Amerika* seine Rüstungsmaschine immer vollkommener aus. Für das Finanzjahr 1962/63 sind wieder rund anderthalb Milliarden Dollar (etwa 6,4 Milliarden Schweizer Franken) *mehr* an Militärausgaben vorgesehen als im Jahr zuvor; diese erreichen damit die schwindlig hohe Summe von 52,7 Milliarden Dollar, also rund 226 Milliarden (226 000 Millionen) Franken. Die Ausgabensteigerung rührt vor allem her vom Bau weiterer «Polaris»-Unterseeboote und von der vermehrten Herstellung von Fernlenkwaffen mit festem Treibstoff vom Typ «Minuteman».

Reichen die Kernwaffen aller Art, die Amerika schon besitzt, immer noch nicht aus, um nötigenfalls die Sowjetunion «von der Landkarte auszuradieren»? Das ist schwerlich anzunehmen; aber es ist eben so, wie der Londoner «New Statesman» (26. Januar) schreibt: «In der amerikanischen Gesellschaft mit ihrem freien Unternehmertum ist eine Steigerung der Militärausgaben das einzige politisch annehmbare Mittel, um die Wirtschaft auf Hochtouren zu halten und Vollbeschäftigung zu sichern . . . Für Amerika ist unter den bestehenden politischen Verhältnissen der Rüstungs- und Weltraum-Wettlauf keine Verschwendung; er ist die unerläßliche Vorbedingung für die Wirtschaftsblüte.» (Im laufenden Jahr wollen die Vereinigten Staaten für ihr Weltraumprogramm nicht weniger als 5000 Millionen Dollar aufwenden!) Und doch sind all diese Ausgaben, mindestens diejenigen für Kriegsrüstungen, zuletzt widersinnig, ja selbstmörderisch. Das Gleichgewicht der Wirtschaft, das die Militärausgaben

sichern sollen (sie machen bereits 14 Prozent des Volkseinkommens aus!), ist wenig zuverlässig; die damit verbundene Geldentwertung droht früher oder später zu einer wirtschaftlichen Erschütterung zu führen, die auch Europa erfassen würde, zumal da auch der westeuropäische Kapitalismus ohne Kriegsrüstungen zusammenbrechen müßte. Noch weniger zuverlässig ist das militärische Gleichgewicht zwischen West und Ost, auf dem angeblich der Frieden beruht; Waffen sind, wie wir nun allmählich wissen sollten, nicht dazu da, einen Krieg zu verhindern, sondern um ihn zu führen. Die «richtigen» Militärführer wissen das längst, auch in Amerika, und drängen darum auf die «ja doch unvermeidliche» Gesamtabrechnung mit dem Kommunismus. Erst kürzlich sagte der amerikanische General Edwin Walker (den seine Regierung abgesetzt hat), die Militärs hätten schon längst mit den Russen Schluß gemacht, wenn nicht die Zivilisten ihnen in den Arm gefallen wären. «Wir haben immer schon — Armee, Flotte und Luftwaffe — verbundene Pläne gehabt, die Rußland so ohnmächtig machen würden, daß es für niemand mehr eine Gefahr wäre.» (Vgl. «Peace News», 12. Januar.) Die Macht der Militärkaste wächst nun aber im gleichen Maß wie die Kriegsrüstungen, während anderseits die Aussichten für eine wirkliche Abrüstung durch Rüstungssteigerungen immer weiter verengt werden*, bis eben einmal der Punkt erreicht wird, an dem ein Ende mit Schrecken den Staatsführern immer noch willkommener erscheint als ein Schrecken ohne Ende. Dies um so mehr, als es «Sachverständige» gibt wie diesen amerikanischen Professor Kahn, der seine Landsleute mit der Versicherung tröstet, auch im Falle eines Atomkrieges würden sich die Vereinigten Staaten in 14 Jahren «wieder erholt haben . . . »

Bürgerkrieg in Frankreich!

Inzwischen macht uns immer mehr Sorge, was in *Frankreich* vorgeht. Bisher stand es am schlimmsten in Algerien, das (wenigstens im Küstenstreifen und in der Umgebung der großen Städte) von der unbotmäßigen Kolonialarmee selbständig beherrscht und von der mit ihr verbündeten OAS (Organisation Armée Secrète) regelrecht in Schrecken gehalten wird. Allein im Januar d. J. sind den verbrecherischen Anschlägen der «Geheimarmee» 555 Menschen, meist muselmanische Algerier, zum Opfer gefallen; doppelt soviel sind verletzt worden. Aber nun greift die Schreckensherrschaft immer ungehemmter auf Frankreich selbst über. Sprengstoffanschläge, Morde, Entführungen, Raubüberfälle und dergleichen sind an der Tagesordnung, ohne daß

* I. F. Stone sagt in seinem «Weekly» (22. Januar), die geplante Anschaffung von fast 1600 Fernraketen (zu den 1500 Lang- und Mittelstreckenbomben hinzu, die Amerika schon hat) werde nur die Sowjetunion zu neuen Anstrengungen herausfordern, um den Vorsprung der USA einzuholen. «Statt eines Rußlands, mit dem leichter auszukommen sein wird, werden wir wohl nur eines kriegen, das noch un-nachgiebiger ist.»

die staatlichen «Ordnungskräfte» wirksam einzuschreiten vermöchten; die Überzeugung ist weitverbreitet, daß sie meistens gar nicht ernsthaft einschreiten *wollen*, sei es aus Sympathie mit den Verbrechern, sei es aus Furcht vor deren Rache. Die Bevölkerung ist jedenfalls bereits derart eingeschüchtert, daß zum Beispiel in Nîmes die Geschworenen sich weigerten, in einem Verfahren gegen Sprengstoffattentäter mitzuwirken, und die Gerichte selbst ausgesucht milde Urteile fällen oder die Angeklagten überhaupt freisprechen. Gegen einen neuen, besonders skandalösen Freispruch — die angeklagten Offiziere waren überwiesen, eine Algerierin zu Tode gefoltert zu haben — haben 150 angesehene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wie der Künste und Wissenschaften eine feierliche Protesterklärung erlassen, die aber der Schreckensherrschaft kaum Abbruch tun wird.

All diese Dinge erinnern in peinlicher Art an die Zeit vor Hitlers Aufstieg zur Macht in Deutschland. Sind sie das Vorspiel zu einem neuen Staatsstreich der Militärfaschisten und Kolonialisten? Wird de Gaulle diesmal wirklich gestürzt und General Salan ans Ruder kommen, der zum Tode verurteilte frühere Oberbefehlshaber in Algerien, der sich, wie man sagt, in Frankreich gefahrlos bewegen kann? Und wird aus dem Volk heraus bewaffneter Widerstand gegen die Aufrichtung einer reaktionären Militärdiktatur erstehen? Möglich wäre eine erfolgreiche Militärrevolte schon; sie läge ja durchaus auf der Linie der bisherigen Entwicklung in Frankreich. Es sind in der Tat zwei Ursachenreihen, die zusammengewirkt haben, um die heutige Lage herbeizuführen. Zunächst war es die Dauerkrankheit und innere Fäulnis der Vierten Republik, die zu ihrer zunehmenden Entkräftung führte und sie zum leichten Opfer der Reaktion werden ließ.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Frankreich sachlich für eine wirtschaftliche und politische Umwälzung in der Richtung auf den Sozialismus reif. Die Widerstandsbewegung drängte ausgesprochen nach «links», so sehr auch Männer und Frauen der «Rechten» daran beteiligt waren. Das Eingreifen Amerikas durchkreuzte aber auch hier, wie in Italien, Westdeutschland, England usw., diese Linie. Die Reaktion und Gegenrevolution brach mehr und mehr wieder durch; der fast schon totgeglaubte Kapitalismus erholte sich zusehends und brachte das gleiche «Wirtschaftswunder» zustande wie anderwärts. Die alten politischen und gesellschaftlichen Ordnungen wurden planmäßig wieder aufgebaut und befestigt, während die Demokratie in zunehmendem Maße ausgehöhlt und entwertet wurde. Die republikanische und sozialistische Linke aber zerfleischte sich im Zeichen des Gegensatzes von Kommunismus und Antikommunismus ganz verhängnisvoll und verfiel fortschreitender Lähmung und Ohnmacht, so daß der Boden für das Auftreten eines «Retters von Staat und Gesellschaft» in der Person des ehemaligen Widerstandsführers de Gaulle trefflich bereitet war.

Dazu kam aber als eigentlich auslösende Kraft der Algerienkrieg.

Das französische Kolonialreich in Afrika und Asien war Stück um Stück verloren gegangen; sollte nun — so fragte sich der «Patriot» — auch noch Algerien den farbigen Nationalisten, vielleicht sogar den Kommunisten, ruhmlos überlassen werden? Kolonialoffiziere, algerische Kolonisten und französische Reaktionäre wirkten zusammen, um diese Gefahr abzuwenden, und brachten mit dem «Coup d'Alger» vom 13. Mai 1958 General de Gaulle in Paris an die Macht. Der «Retter» enttäuschte aber seine Schrittmacher auf immer schmerzlichere Art. Statt den «schmutzigen Krieg» mit ein paar mächtigen Gewaltschlägen siegreich zu Ende zu führen und die Zukunft eines französischen Algeriens zu sichern, gefiel er sich in Zweideutigkeiten, in verdächtigen Monövern, in «schwächlichen Zugeständnissen», ja in offenbaren Verhandlungen mit den «Rebellen». Die Erbitterung gegen diesen «Defaitismus» wuchs mehr und mehr an und entlud sich im Januar 1960 in einem neuen Militärputsch, der zwar auf den Barrikaden von Algier zusammenbrach, aber am 22. April 1961 von einer zweiten, noch gefährlicheren Revolte der radikalen Offiziere und politischen «Ultras» gefolgt wurde. Auch dieser Versuch, de Gaulle zu stürzen, schlug fehl; aber nun begann eben jene Untergrundbewegung der OAS und ihrer Mitläufer, die sich zum Ziele setzte, die Bevölkerung Frankreichs derart einzuschüchtern und den Staatsapparat derart zu zerrütten, daß Armee und Polizei sich offen den Meuterern anschließen, de Gaulle absetzen und eine Militärdiktatur aufrichten könnten, die Algerien für Frankreich zu retten hätte.

Der Staatspräsident und seine Regierung führen zwar gegen diese Umsturzbewegung einen, wie sie behaupten, tatkräftigen Abwehrkampf. Aber bei allen Einzelerfolgen, die ihnen bisher beschieden waren — letzthin soll sogar ein Hauptführer der OAS gefaßt worden sein — fehlt diesem Kampf durchaus die Durchschlagskraft. De Gaulle wagt nicht, den Stier bei den Hörnern zu fassen, einesteils weil er fürchtet, dadurch den in der Luft liegenden Staatsstreich erst recht herbeizuzwingen, andernteils weil er immer noch des Glaubens ist, «seine» Armee könne ihn doch nicht endgültig im Stich lassen, ja opfern. So befindet sich Frankreich derzeit in einem Schwebezustand, der es zu keiner Entscheidung kommen läßt, aber doch alle Umsturmöglichkeiten offen läßt, ja sogar laut de Gaulles jüngster Radiorede neue, angeblich diesmal ganz ernst gemeinte Verhandlungen mit der Algerischen Befreiungsfront erlaubt. Ob mit dieser Taktik der drohende Militärputsch verhindert oder auch nur die OAS unterdrückt werden kann, ist die große Frage. Wirkliche Gewähr für die Brechung des reaktionär-militaristischen Widerstandes gegen eine Beendigung des Algerienkrieges (nach mehr als siebenjähriger Dauer und fast einer Million Todesopfern) böte nur die Aufrufung aller lebendigen, republikanischen und friedenswilligen Volkskräfte zum Kampf gegen die Scharfmacher und Rückwärtser. Aber das wäre ja — so heißt es um

de Gaulle herum und bei ihm selbst — die berüchtigte Volksfront, wäre die «Offnung nach links», wäre letzten Endes der Sozialismus oder gar der Kommunismus! Und dazu darf es doch niemals kommen — niemals! Lieber alles andere als das! So droht es eben wirklich zu jenem «Anderen» zu kommen, zur faschistischen Gegenrevolution und zum Bürgerkrieg. Algerien hat schon bisher Frankreich und was in ihm noch an Demokratie übrig war sittlich und politisch tief heruntergebracht, ja nahezu zerstört. Jetzt schickt sich das Regime, das sich in Algerien ausgebildet hat, diese Mischung von rohester Unmenschlichkeit, Gewalttat und Anarchie, dazu an, Frankreich vollends ganz zu erobern und zugrunde zu richten. Und keine Gegenkraft scheint da, um diese Erniedrigung zu verhindern. Es ist eine Tragödie, die sich in unserem westlichen Nachbarland abspielt — eine Tragödie, deren Fortgang auch das übrige Europa schwer in Mitleidenschaft ziehen wird, gleich als wäre es nicht genug an den sonstigen schweren Prüfungen, die unser Erdteil siegreich überstehen muß, wenn ihm Leben und Frieden gesichert werden sollen!

Kuba hält sich . . . Richten wir nun aber den Blick auch auf andere Erdteile, die ja für den Gang der Weltgeschichte immer wichtiger werden als unser kleines Europa! Da war es in der Berichtszeit besonders *Amerika*, das wieder unsere Aufmerksamkeit fesselte, und zwar im Zusammenhang mit dem weltweiten Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Als Vormacht der «freien» — lies: dem hemmungslosen Gewinnstreben und Materialismus verfallenen — Nationen haben die Vereinigten Staaten einen neuen Anlauf genommen, um dem Übergreifen der sozialistischen Weltbewegung auf die westliche Halbkugel den Riegel zu stoßen. Sie heißen es zwar Kommunismus, was sich in *Kuba* entwickelt, aber in welchen Formen sich das auch vorerst ausdrückt — das Entscheidende ist doch, daß sich hier ein Volk endlich gegen die kolonialkapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung erhoben hat, unter dem ganz Lateinamerika mit seinen verelendeten Volksmassen so unmenschlich leidet. Daß die herrschende Klasse in den Vereinigten Staaten und die von ihr betörte Volksmehrheit das als Bedrohung ihrer ganzen gesellschaftlichen Lebensform — des berühmten «American way of life» —, als ruchlosen Anschlag auf ihre heiligsten Güter empfindet, ist nur zu begreiflich. Nordamerika hat denn auch gleich versucht, die kubanische Revolution schon in der Wiege zu ersticken und ihr in der Sperrung der Oleinfuhr und der Zuckerausfuhr wie durch andere feindselige Wirtschaftsmaßnahmen die Lebensmöglichkeiten abzuschneiden. Als das nicht gelang, das neue Regime vielmehr nur immer mehr erstarkte, versuchten es die Vereinigten Staaten mit einem *militärischen* Angriff. Wie kläglich der zusammenbrach, ist noch in frischer Erinnerung — aber nun meinte man in Washington Vergeltung üben zu können, indem man die übrigen mittel- und süd-

amerikanischen Staaten gegen Kuba aufbot. Staatssekretär Rusk hielt gleich zu Beginn der Konferenz aller amerikanischen Außenminister, die zu diesem Zweck nach Punta del Este in Uruguay einberufen wurde, eine heftige Rede gegen das Kuba Fidel Castros, dem es die USA «niemals und unter keinen Umständen» erlauben würden, als Werkzeug Moskaus einen Brückenkopf des internationalen Kommunismus auf der westlichen Halbkugel zu bilden, «um das interamerikanische System und die Demokratie in Amerika zu zerstören». Der nordamerikanische Außenminister forderte demgemäß von der Konferenz vier vermeintlich durchgreifende Maßnahmen: 1. Die moralische Verurteilung des neuen Kuba mit der Feststellung, daß seine Bindungen an den kommunistischen Block mit den interamerikanischen Grundsätzen unvereinbar seien; 2. die Ausstoßung Kubas aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS); 3. die Unterbindung jeglichen Handels mit Kuba; und 4. wirksame Einzel- und Gesamtverteidigung gegen die politischen Angriffshandlungen Kubas.

Das war es, was Rusk verlangte. Was hat er erreicht? Punkt 1 wurde natürlich einstimmig angenommen; welche lateinamerikanische Regierung hätte es auch wagen können, den Kommunismus *nicht* zu verurteilen und Kubas Verbindungen mit dem Sowjetblock als mit den «interamerikanischen Grundsätzen» ganz gut vereinbar zu erklären? Als es aber galt, aus diesen papierernen Grundsätzen die praktischen Folgerungen zu ziehen, versagte die «interamerikanische Solidarität» vollkommen. Dem Ausschluß Kuba aus der OAS stimmten zwar 14 kleine und mittlere lateinamerikanische Staaten zu, die großen und wichtigsten Länder hingegen — Argentinien, Brasilien, Chile, Bolivien, Ecuador und Mexiko — waren trotz tage- und nächtelanger Bearbeitung durch Nordamerika nicht dafür zu haben und enthielten sich der Stimme. «Die übereinstimmende Meinung an der Außenministerkonferenz der OAS», so besagt eine Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press vom 31. Januar, «war, daß die sechs sich der Stimme enthaltenden Nationen der lateinamerikanischen Politik der Regierung Kennedy einen schweren Schlag versetzt haben». Die dritte Forderung Washingtons, Verhängung einer Handelssperre gegen Kuba, fand noch weniger Gegenliebe; nur die Waffenausfuhr nach Kuba (die für die lateinamerikanischen Staaten überhaupt nicht in Betracht kam) wurde «verboten», so daß die Vereinigten Staaten mit ihrem Verbot der Handelsbeziehungen zu Kuba — mindestens der Einfuhr kubanischer Güter — allein bleiben. Und was schließlich die vierte Forderung betrifft — Verteidigung gegen Kubas «politische Angriffshandlungen» —, so hat Kuba davon erst recht nichts zu fürchten, so wenig tatsächliche Bedeutung kommt ihrer Annahme durch die Konferenz zu. Kurz, von wirklichen «Strafmaßnahmen» gegen Kuba, wie Wirtschaftsblokade und politischer Boykottierung, wollen die maßgebenden lateinamerikanischen Regierungen nun einfach nichts wissen, so sehr sie befürchten müssen, daß

die Vereinigten Staaten nun zögern werden, ihnen aus ihrem Zehn-jahresprogramm für die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas soviel zukommen zu lassen, wie sie gern hätten. Auch die Lockung mit dieser 20-Milliarden-Dollar-Unterstützung verfiel also nicht sonderlich.

... und findet Nachfolger

Kann man sich wundern, daß trotz allem Zweckoptimismus, den Kennedy und Rusk zur Schau trugen, die Ergebnisse der Konferenz von Punta del Este in der nordamerikanischen Öffentlichkeit mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen wurden? «US News & World Report» zum Beispiel (5. Februar) stellt nüchtern fest: «Es ist jetzt klar, daß die Staaten Lateinamerikas tiefer gespalten sind als je ob der Frage, wie sie Fidel Castro loswerden können. Ebenso klar ist es, daß die Vereinigten Staaten weit davon entfernt sind, die unbestrittene Führung unter ihren Nachbarn auf der westlichen Halbkugel zu haben... Lang bevor die Tagung ihren Höhepunkt erreichte, waren sich die nordamerikanischen Vertreter darüber klar, daß sie sich mit weniger begnügen müßten, als was sie zu erreichen hergekommen waren. Man erkannte von vornherein, daß ein Beschluß, Castro aus der OAS hinauszuerwerfen, für Castro nicht viel bedeuten werde. Die Kubaner waren tatsächlich schon drauf und dran, von selber auszutreten, noch bevor die Konferenz von Punta del Este eröffnet wurde... Castros von ihm selbst verkündeter Kommunismus mag viele lateinamerikanische Regierungen zum Bewußtsein der Gefahren eines roten Kuba gebracht haben, aber der Castroismus spricht Millionen rechtloser Menschen immer noch stark an. Brasilien steht mitten in wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die durch seine eigenen Castro-Anhänger noch verschärft werden können. Chile hat es mit der gleichen Lage zu tun. Und eine Castro-artige Agitation greift um sich. Argentinien und andere Länder stehen heuer vor Wahlen. Ihre Politiker zögern, irgendetwas zu unternehmen, das sie die Unterstützung der Massen kosten könnte.» Die nordamerikanischen Vertreter hätten zwar geltend gemacht, die Vereinigten Staaten stünden ebenfalls in einem Wahljahr, und außerdem müsse die Regierung gegenüber Kuba einen Erfolg aufzuweisen haben, wenn sie von der Bundesversammlung einen Kredit von 3 Milliarden Dollar für die Lateinamerika-Hilfe bekommen wolle. Aber all diese Bemühungen seien vergeblich geblieben; die großen lateinamerikanischen Staaten seien nicht für ein scharfes Vorgehen gegen Kuba zu gewinnen gewesen, und in Zukunft seien eher noch größere Schwierigkeiten in Mittel- und Südamerika zu gewärtigen, als sie bisher schon bestanden.

Tatsache ist nun eben einfach, daß die Völker Lateinamerikas — im Unterschied von den herrschenden Klassen — in ihrer großen Mehrheit nicht das neue Kuba moralisch verdammen, sondern das

alte *Nordamerika* und seinen Kolonialkapitalismus, dessen Träger im Bund mit den Herrenklassen der mittel- und südamerikanischen Länder stehen. Der kubanische «Kommunismus» schreckt sie um so weniger, als die Revolutionsregierung durch die feindselige Haltung der Vereinigten Staaten zu immer radikaleren Sozialisierungen und zur Anlehnung an die osteuropäischen Staaten geradezu gedrängt wurde. Von dem «freien Unernehmertum» Nordamerikas, das nach Rusk die einzige Gewähr für sozialen Fortschritt in Lateinamerika biete, haben die Völker Mittel- und Südamerikas auf jeden Fall nicht viel zu erwarten; Kennedys Hilfsplan, der auf diesem System aufgebaut ist, ist nach «US News & World Report» bisher kaum vom Fleck gekommen; es brauche, wie man höre, zwei oder mehr Jahre, bis der Plan überhaupt etwelche Spuren von Erfolg aufzuweisen vermöge, zumal seine Verwirklichung auf stärkste Widerstände aus den konservativen Kreisen der lateinamerikanischen Länder stoße.

Inzwischen kommt das neue Kuba mehr und mehr über die freilich ernststen Schwierigkeiten weg, die ihm besonders auf wirtschaftlichem Gebiet erwachsen, während es mit der mindestens achtzigprozentigen Ausrottung des Analphabetentums gerade im letzten Jahr einen bedeutenden Erfolg an der «Kulturfront» errungen hat. Die erwähnte große Neuyorker Wochenschrift anerkennt es selber: Castro sitzt fest im Sattel, und die kubanische Revolution ist alles andere als eine vorübergehende Erscheinung. «Die allgemeine Auffassung ist hier (in Punta del Este), daß nichts als ein groß angelegter militärischer Angriff mit dem Problem fertig werden könnte, das Castro gestellt hat. Aber niemand glaubt, daß ein zweiter Angriff von den Vereinigten Staaten auch nur in Erwägung gezogen würde, ohne umfassende Unterstützung aus Lateinamerika — und an solcher Unterstützung fehlt es eben ganz deutlich.» Das revolutionäre Kuba wird somit aufrecht stehen bleiben und seine werbende Wirkung auf das übrige Lateinamerika immer stärker ausstrahlen — allem gegenrevolutionären Antikommunismus der Vereinigten Staaten und ihrer Satelliten zum Trotz.

Brandherd Südostasien Wenn die Vereinigten Staaten, die sich im vergangenen Frühjahr die Finger mit Kuba so böß verbrannt haben, vorerst die Hände davon lassen und nur mit wirtschaftlichen und politischen Druckmitteln gegen das Regime Castro arbeiten wollen, so haben sie offenbar mit *Südostasien* andere Absichten. Über die Wirtschafts- und Geldhilfe hinaus, die sie an Formosa, Südvietnam, Laos und Thailand leisten, haben sie schon bisher «Militärberater» und sogar Streitkräfte in diesen Ländern oder in ihrer Nähe stehen und sind bereit, mit Waffengewalt einzugreifen, falls die Dinge dort eine ungünstige Wendung für

sie nehmen sollten. Sie scheinen durchaus entschlossen, sich Südostasien als wichtiges Stück ihres pazifischen Herrschaftsraumes mit *allen* Mitteln zu sichern. Die dortige Lage stellt sich nach amerikanischen Presseberichten für Washington so dar:

Südostasien ist zurzeit ein Konfliktsherd erster Ordnung für die USA. Berlin ist in den letzten Wochen etwas zurückgetreten; der Kongo scheint endlich zur Ruhe zu kommen; mit Kuba ist vorderhand nicht viel anzufangen; im Mittelosten bereiten sich neue Krisen erst vor. Südostasien aber verlangt vielleicht rasche und weitreichende Entscheidungen. Es hat seit 1945 mehr als 4 Milliarden Dollar Hilfgelder von Amerika bekommen, in der Hauptsache seit Frankreich im Jahre 1954 Indochina verlor. Seit 1945 ist Nordvietnam kommunistisch geworden; halb Laos ist ebenfalls bereits kommunistisch, und der Rest droht das gleiche Schicksal zu erleiden. Schon sind die Kommunisten im Begriff, im Kleinkrieg des Dschungels, in dem sie Meister sind, auch Südvietnam zu erobern; Thailand und Kambodscha aber werden dem amerikanischen Einfluß von selbst entgleiten, wenn Laos und Südvietnam kommunistisch sind. China begünstigt jedenfalls den Uebergang all dieser Länder ins rote Lager offen und versteckt; wenn es soweit kommt, steht ihm der Zugang zur südostasiatischen «Reisschüssel», zu den Ölquellen und den so gut wie noch unerschlossenen Bodenschätzen Südostasiens offen. Grund genug für Amerika, ihm den Weg noch rechtzeitig zu sperren!

In Laos findet sich Washington zwar offenbar mit einer Neutralisierung des Königreiches ab, obwohl die Verhandlungen zwischen den «drei Prinzen» über die Bildung der neuen Regierung immer wieder ins Stocken kommen und die Laos-Konferenz in Genf nach ich weiß nicht wieviel hundert Sitzungen sich neuerdings ergebnislos vertagt hat. Aber *Südvietnam* bietet, wie man in Washington glaubt, keineswegs ungünstige Aussichten. Es hat bisher für mehr als 2 Milliarden Dollar USA-Hilfe bezogen, braucht jedoch nicht nur weitere Geldmittel für sein leistungsschwaches, faules Regime, sondern auch Truppennachschub aus Amerika. Der ist denn auch auf dem Weg. Präsident Kennedy hat zwar an seiner Pressekonferenz vom 16. Januar auf eine Frage, ob amerikanische Truppen in Südvietnam bereits im Kampf stünden, mit Nein geantwortet, aber das ist nicht wörtlich zu nehmen; eine Meldung der Associated Press vom 9. Januar besagte bereits, es stünden jetzt 2000 bis 3000 amerikanische Soldaten aller Waffen in Südvietnam, ihre Zahl wachse täglich, und im Landesinnern verwickelten sie sich oft in Gefechte mit kommunistischen Guerillakämpfern aus Nordvietnam. Der Dschungelkrieg stellt die Amerikaner zwar vor ungewohnte Aufgaben, aber in Malaia seien die britischen und einheimischen Streitkräfte im Laufe von zwölf Jahren — 1948 bis 1960 — schließlich auch mit den Roten fertig

geworden; warum sollten die Amerikaner in Südvietnam, so heißt es, nicht ebenso die Kommunisten zu Paaren treiben können?

Möglich, ja wahrscheinlich ist freilich eher das Gegenteil: daß die Vereinigten Staaten nicht nur Südvietnam, sondern auch die übrigen Länder Südostasiens verlieren werden, eingeschlossen Formosa, obwohl es die amerikanischen Steuerzahler alle Jahre $\frac{3}{4}$ Milliarden Dollar kostet, die Herrschaft Tschiang Kai-scheks gegen den Willen der Bevölkerung dieser *chinesischen* Insel aufrechtzuerhalten. Warum aber die anscheinend nicht abreißende Kette von Niederlagen, die die amerikanische Außenpolitik seit Jahr und Tag einstecken muß? William J. Lederer sieht in seinem Buch «Ein Volk von Schafen» (nach den Londoner «Peace News» vom 19. Januar) den Grund in der «erschreckenden Unwissenheit» des amerikanischen Volkes über die Welt außerhalb seiner Grenzen, und in seinem Glauben, Standfestigkeit gegenüber dem Kommunismus sei alles, was eine USA-Regierung brauche. All diese Mißerfolge der amerikanischen Weltpolitik in Kuba, Korea, China, Vietnam, Irak, der Türkei usw., seien auf diesen Grundfehler zurückzuführen; in einer ganzen Reihe aufstrebender Länder stünden nur die Vereinigten Staaten zwischen dem Volk und seiner Befreiung von einer verdorbenen Diktaturregierung. Erst wenn Amerika aufhöre, «ein Volk von Schafen» zu sein, das sich durch Presse, Radio, Fernsehen und dergleichen mit vergiftetem Propagandastoff füttern lasse, sei ein Umschwung zum Heil Amerikas wie der ganzen Welt zu erwarten. Wird es dazu noch kommen, bevor die immer unheimlicher stampfende Rüstungsmaschinerie das Volk der Vereinigten Staaten, und mit ihm die übrigen Völker der Erde, ins Verderben reißt?

7. Februar 1962.

Hugo Kramer

Gottes Willen und Gottes Stimme nicht in der Situation, im Zeitgeschehen erkennen, das ist der Ursprung jeder eigentlichen Haeresie (Ketzerei), der Fehlentwicklung im religiösen Leben, sei es nach links oder nach rechts. In beiden Fällen fehlt der demütig-wache, lebendige Gottgehorsam (der das eigentliche Ziel jedes Menschengehorsams ist). Darum die prophetische Forderung: wach zu sein und aufgeschlossen und zu horchen auf die Stimme des Herrn. Denn nicht nur darauf kommt es an, daß wir wissen und erkennen, was «an sich» erlaubt und geboten ist (solch billiges Kathederchristentum kann zu gewissen Zeiten schrecklich versagen), sondern vor allem darauf, daß wir wissen und erkennen, was *jetzt* geboten ist, was Pflicht der Stunde ist.

G. S. Huber